

Simonis, Udo E.

**Article — Digitized Version**

## Kriterien qualitativen Wachstums

Vorgänge: Zeitschrift für Bürgerrechte und Gesellschaftspolitik

**Provided in Cooperation with:**

WZB Berlin Social Science Center

*Suggested Citation:* Simonis, Udo E. (1977) : Kriterien qualitativen Wachstums, Vorgänge: Zeitschrift für Bürgerrechte und Gesellschaftspolitik, ISSN 0507-4150, Humanistische Union, Berlin, Vol. 16, Iss. 6=30, pp. 44-64

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/112369>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*



## WZB-Open Access Digitalisate

## WZB-Open Access digital copies

---

Das nachfolgende Dokument wurde zum Zweck der kostenfreien Onlinebereitstellung digitalisiert am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH (WZB). Das WZB verfügt über die entsprechenden Nutzungsrechte. Sollten Sie sich durch die Onlineveröffentlichung des Dokuments wider Erwarten dennoch in Ihren Rechten verletzt sehen, kontaktieren Sie bitte das WZB postalisch oder per E-Mail:

Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH  
Bibliothek und wissenschaftliche Information  
Reichpietschufer 50  
D-10785 Berlin  
E-Mail: [bibliothek@wzb.eu](mailto:bibliothek@wzb.eu)

The following document was digitized at the Berlin Social Science Center (WZB) in order to make it publicly available online.

The WZB has the corresponding rights of use. If, against all possibility, you consider your rights to be violated by the online publication of this document, please contact the WZB by sending a letter or an e-mail to:

Berlin Social Science Center (WZB)  
Library and Scientific Information  
Reichpietschufer 50  
D-10785 Berlin  
e-mail: [bibliothek@wzb.eu](mailto:bibliothek@wzb.eu)

---

Digitalisierung und Bereitstellung dieser Publikation erfolgten im Rahmen des Retrodigitalisierungsprojektes **OA 1000+**. Weitere Informationen zum Projekt und eine Liste der ca. 1 500 digitalisierten Texte sind unter <http://www.wzb.eu/de/bibliothek/serviceangebote/open-access/oa-1000> verfügbar.

This text was digitizing and published online as part of the digitizing-project **OA 1000+**. More about the project as well as a list of all the digitized documents (ca. 1 500) can be found at <http://www.wzb.eu/en/library/services/open-access/oa-1000>.

## Udo Ernst Simonis

# Kriterien qualitativen Wachstums

---

Wenn jemand von qualifiziertem Wachstum spricht, meint er entweder ein Wachstum, das ... die Bedingungen von Lebensqualität erhöht oder ... er meint gar nichts; er gebraucht eine Formel, die zu nichts verpflichtet und doch zeigt, daß er auf der Höhe der Zeit diskutiert.

*Erhard Eppler*

### I. Vorbemerkung und Einleitung

**Bei Arbeitslosigkeit:  
nicht darüber reden?**

In Zeiten hoher Arbeitslosigkeit scheint die dimensionsreiche Frage nach der „Qualität des Wirtschaftswachstums“ an Aktualität zu verlieren oder aber nur eindimensional beantwortet zu werden: natürlich Wachstum zur Wiedergewinnung der Vollbeschäftigung! Ganz sicher gibt es nicht nur Zyklen in der Produktion von Gütern, sondern auch solche bei der Behandlung gesellschaftlicher Problemfragen; und wirtschaftliches Wachstum ist ein gesellschaftliches Problem. Doch mag eine wirtschaftliche Situation wie die jetzige durchaus ein Innovationspotential bieten für die Erörterung und Durchsetzung neuer Konzepte des Wachstums – für selektives qualitatives Wachstum.

**Das Problem der  
Berechnung des  
Sozialprodukts**

Wirtschaftliches Wachstum läßt sich von der Entstehungsseite her definieren als die Zunahme der Produktion von Gütern und Dienstleistungen, von der Verwendungsseite her als die Zunahme des für Konsum- und/oder Investitionszwecke verausgabten Einkommens einer Periode gegenüber einer Vor-Periode. Es wird mit Hilfe des herkömmlichen betriebs- und volkswirtschaftlichen Rechnungswesens ermittelt, auf der nationalen Ebene findet es seinen jährlichen Niederschlag in der Wachstumsrate des Sozialprodukts.

Entsprechend wird dann das Ziel der Wachstumspolitik auf folgende Weise definiert<sup>1</sup>:

- Wachstumsrate des realen Sozialprodukts (brutto oder netto)
- Wachstumsrate des realen Sozialprodukts pro Kopf der Bevölkerung, pro beschäftigtem Arbeitnehmer bzw pro Arbeitsstunde
- Wachstumsrate des im Inland verfügbaren Sozialprodukts
- Wachstumsrate der Konsumgüterproduktion (bzw der im Inland verfügbaren Konsumgüter) oder
- Wachstumsrate der (im Inland verfügbaren) Konsumgüter und Staatsleistungen für die Befriedigung von Kollektivbedürfnissen.

Hierbei kann das Wachstumsziel dann quantitativ festgelegt oder aber ein möglichst hohes Wachstum angestrebt werden<sup>2</sup>.

Wendet man den so definierten hoch-aggregierten Wachstumsbegriff auf unsere Gesellschaft an, so kann man feststellen, daß die Bundesrepublik Deutschland seit ihrem Bestehen und bis in die jüngste Zeit hinein mit die höchsten Wachstumsraten in der Welt zu verzeichnen hatte, daß sie über die Zeit hin und bezogen auf die Zahl der Bevölkerung ein außerordentlich hohes Niveau der Wirtschaftstätigkeit und des Einkommens erreicht hat – nur übertroffen von zwei bzw drei Industrieländern (das ist eine Frage des Wechselkurses, der zur Umrechnung zugrundegelegt wird) und von einigen der neu-reichen Ölländer.

**Die Bundesrepublik hat zwar eine der höchsten Wachstumsraten...**

Die Frage, ob (bzw in welchem Maße) dieses hohe quantitative Wachstum der Wirtschaft qualitatives Wachstum war, die Frage, ob die genannten herkömmlichen Wachstumsdefinitionen auch qualitativ sind oder gemacht werden können – und damit die Frage nach den Kriterien qualitativen Wachstums ist damit aber noch offen. *Erhard Eppler* meint, daß „auf die Frage, ob es eine andere als die gängige Definition von Wachstum gebe, ... man ... entweder einen Schwall von Worten oder verlegenes Schweigen hören (kann). Es gibt eben bislang nur eine (akzeptierte, *U.E.S.*) Definition von Wachstum: die Zunahme der auf dem Markt angebotenen Güter und Dienstleistungen..., die sich in der jährlichen Sozialproduktrechnung niederschlägt. Und wenn das Bundesministerium für Wirtschaft auf ein Wachstum von vier oder fünf Prozent setzt, dann meint es eben dies: die Zunahme des Bruttosozialprodukts, so wie es (bisher, *U.E.S.*) statistisch errechnet wird“<sup>3</sup>. Wie aber könnte man sich der Bestimmung qualitativen Wachstums nähern?

**... aber ist das ein qualitatives Wachstum?**

Es gibt zumindest eine (eher) negative und eine (eher) positive (politische) Definition qualitativen Wachstums. Was zunächst nicht kontrovers sein sollte, ist die Forderung, daß Ziele der Wirtschaftspolitik möglichst konkret und bestimmt sein sollten. „Wenn es irgendeine Vision gibt, ein konkretes Bewußtsein von der Zukunft, dann sollte sie klar genug sein, damit andere sie begreifen und diskutieren können“<sup>4</sup>.

**Schwierigkeiten der Definition des Begriffs „qualitatives Wachstum“**

Die Entwürfe zu der hier im Mittelpunkt stehenden Idee des qualitativen Wachstums waren bisher allerdings ziemlich vage<sup>5</sup>. Die Definition ist des weiteren zumeist negativ und technisch, sozusagen Negation von Problemen oder Ärgernissen.

Es mag sein, daß auch die folgenden Ausführungen ähnlich sind, wenn ich zunächst die meines Erachtens wesentlichen, durch den Wachstumsprozeß und die bisherige Wachstumspolitik entstandenen Probleme benenne und meine ökologische, gesellschaftliche und auf die wirtschaftliche Konzeption bezogene Wachstumskritik von drei Seiten her aufzeige: von der empirischen Seite („Erfahrung“), der methodischen Seite („Theorie“) und der Gestaltseite („Politik“), und dazu jeweils einige Beispiele gebe.

Ich möchte es offen lassen, bis zu welchem Grade auf dieses Vorgehen die Kritik *Johan Galtungs* zutrifft, der in bezug auf die negative Definition der Qualität des Lebens ua folgendes gesagt hat:

„Was diese Art der ‚Definitionen‘ hauptsächlich vermitteln soll, ist, daß unsere Gesellschaft im Grunde in Ordnung ist und damit auch der Trend der Entwicklung – nur daß es hier und dort ein paar Schrammen und Wunden gibt (an einem ansonsten gesunden Körper), die ein wenig ärztlicher Behandlung bedürfen, wenn auch nicht nur der Kosmetik. Eine negative Definition fragt nach der Möglichkeit der Kontrolle von Abweichungen, nicht nach der Einführung von etwas Neuem. Entsprechend bleibt sie nur an der Oberfläche des sozialen Organismus und ist für diejenigen, die sich an der Spitze der Gesellschaft befinden, sehr wahrscheinlich akzeptabel“<sup>6</sup>.

**Was eigentlich soll wachsen, was nicht?**

Ich muß ein weiteres vorausschicken: Man kann mit dem Thema „qualitatives Wachstum“ auch der Frage ausweichen, was da wachsen soll und was nicht, und dann rasch (zu rasch) bei den Instrumenten der Wachstumslenkung landen. So wichtig die Frage einer zukunftsweisenden Fortentwicklung des wirtschaftspolitischen Interventionismus auch sein mag, wichtiger dürfte zunächst die Zieldiskussion sein. Solange man nicht klarer sieht, was denn wachsen soll und was nicht, hilft die Debatte über neue wirtschaftspolitische Instrumente wenig. Und schließlich liegt echter Fortschritt in der Kritik dessen, was wir sind und was wir bereits wissen. Auch zu diesem Zusammenhang hat *Erhard Eppler* einen wichtigen Satz gesagt: „Wer so tut, als gäbe es da nichts zu entscheiden, trifft gerade damit Entscheidungen, die wir zu verantworten haben, auch und gerade dann, wenn wir beteuern, wir hätten gar nichts zu entscheiden gehabt“<sup>7</sup>.

## **II. Zur empirischen Seite des Wirtschaftswachstums: Die Defizite**

**Fünf  
Problembereiche**

Die wesentlichen wirtschaftlichen Probleme, die im Laufe des Wachstumsprozesses in der Bundesrepublik und in den anderen Industrieländern entstanden sind, können auf verschiedene Versäumnisse zurückgeführt und in mehrere große Problembereiche eingeteilt werden. Im folgenden werden fünf solcher Problembereiche umschrieben, unter die wiederum die meisten anderen aktuellen Probleme subsumiert werden könnten<sup>8</sup>.

**Das „Umwelt-  
problem“**

**1.**  
Die Fähigkeit, die natürliche Umwelt zu erhalten, scheint nicht gewährleistet zu sein. Die Bewirtschaftung der Natur durch die herkömmliche Wirtschaftstätigkeit der Industriegesellschaften gefährdet die Reproduktionsgrundlagen dieser Gesellschaften in starkem Maße<sup>9</sup>. Der Verbrauch begrenzter nicht-regenerierbarer Rohstoffe durch einzelne Gesellschaften oder einzelne Generationen nimmt keine oder aber zu wenig

Rücksicht auf andere Gesellschaften und künftige Generationen. Mit anderen Worten: Die moderne Wirtschaftsweise beruht auf einem Abbau und einer Belastung der natürlichen Ressourcen, die zu einem Problem geworden ist, die diesbezüglichen Verwendungsgewohnheiten können kein Modell sein für die Zukunft und auch nicht für die Welt als Ganzes.

Mit dem raschen Wirtschaftswachstum in der industrialisierten Welt hat sich seit dem Zweiten Weltkrieg ein drastischer Wandel der produzierten Güterarten und der angewandten Technologien vollzogen. Ein Kennzeichen dieses Wandels ist die fortschreitende Substitution (Ersetzung) von natürlichen Stoffen durch von der Natur nur relativ schwer abbaubare synthetische Stoffe und von weniger energieintensiven Stoffen durch solche mit hohem Energieanteil. Das Nachkriegswachstum ist weiterhin von einem wachsenden Energieverbrauch pro Kopf der Bevölkerung gekennzeichnet. Die Substitution (Ersetzung) menschlicher Arbeit durch andere Energieformen und ihre Nutzung für neue Güter und Dienstleistungen ist zwar ein generelles Kennzeichen der Industrialisierung, doch hat in den letzten Jahrzehnten die schnelle Zunahme des Energieverbrauchs eine besondere Bedeutung gewonnen und die Beziehung Energieverbrauch–Umweltkapazität wird zunehmend kritischer. Wie aber kann der Übergang von den gegenwärtigen Formen des raschen Abbaus der natürlichen Ressourcen zu einer an langfristiger Erhaltung orientierten Praxis der Bewirtschaftung der Natur gelingen?

**Energieverbrauch  
und Synthetics**

Die vonseiten der Ökonomen zumeist vorgeschlagene „pretiale Lösung des Umweltproblems“<sup>10</sup> – Erhöhung der Rohstoffpreise bzw. Besteuerung der Umweltschädigung – muß sich in der Praxis dem Problem stellen, daß entweder zu viele Möglichkeiten bestehen, diese Regel zu umgehen, oder ihre Anwendung zu gesellschaftlich unerträglichen negativen Verteilungswirkungen führt (national wie weltweit).

**Gibt es strukturelle  
Expansionszwänge?**

Des Weiteren ist die Behauptung zurückzuweisen, daß der derzeitige Prozeß der ökonomischen Entwicklung in marktwirtschaftlich organisierten Industriegesellschaften von Triebkräften beherrscht wird, die der aus ökologischen Gründen erforderlichen Neuorientierung der Wirtschaftsweise entgegenstehen<sup>11</sup>. In der Frageform formuliert: Besteht unter den gegenwärtigen Bedingungen der Vermittlung von privaten und gesellschaftlichen Interessen ein struktureller Zwang zur Expansion, der eine Stabilisierung der Rohstoff- und Energieumsätze auf einem gewissen Niveau nicht zuläßt? Oder: Ist ein wirtschaftlicher Strukturwandel, bei dem das Wachstum des Sozialprodukts von dem der Rohstoff- und Energieumsätze „entkoppelt“ ist, realisierbar oder nicht?

Auf jeden Fall muß die Konzeption einer ökologisch angepaßten Wirtschaftsweise die vorhandenen Motive zu weiterer Expansion der betreffenden wirtschaftlichen Aktivitäten (Rohstoff- und Energieumsatz) weit stärker als bisher in Rechnung stellen.

## 2.

## Das „Beschäftigungs- und Identifikationsproblem“

Zu dem zweiten der zu nennenden Problembereiche bedarf es mehr als nur einer allgemeinen Vollbeschäftigungspolitik. Daß unsere Gesellschaftsstruktur eine anscheinend ständig wachsende Zahl von Menschen als „überflüssig“ hinstellt; diese Vermutung darf sich objektiv und subjektiv nicht bewahrheiten. Wenn die Chance nicht gewährleistet ist, daß der Mensch für sich und die Gesellschaft etwas leisten kann und dafür von ihr anerkannt wird, dann wird das allgemeine Beschäftigungsproblem zu einem Problem der individuellen Selbstverwirklichung.

## Arbeitslosigkeit

Arbeitslosigkeit ist ganz offensichtlich nicht nur ein ökonomisches Problem. Erzwungene Untätigkeit führt zu Orientierungslosigkeit, zu psychischen Krisen und zur Belastung aller sozialen Beziehungen. Solange die „Produktivität“ des Menschen von seiner Position in einem produktiven Organismus herrührt, ist er ohne diesen „unproduktiv“ und erfolglos. Existenzsicherung durch das geknüpfte „soziale Netz“ allein kann dieses Problem nicht lösen, da die psychologischen Folgen der Arbeitslosigkeit und die Konsequenzen für die psychische Entwicklung des Menschen dabei unberücksichtigt bleiben. Man denke zB nur daran, daß jeder dritte Arbeitslose in den Ländern der *Europäischen Gemeinschaft* ein Jugendlicher ist.

Für die Lösung des Beschäftigungsproblems in quantitativer Hinsicht steht (herkömmlich definiertes) Wirtschaftswachstum derzeit hoch im Kurs. Alle Wirtschaftsforschungsinstitute in der Bundesrepublik plädieren für „Vollbeschäftigung durch Wirtschaftswachstum“ – wobei Wachstumsraten von 7% als erforderlich „gehandelt“ werden.

## Umweltkollaps bei Vollbeschäftigung?

Wenn aber Vollbeschäftigung nur bei hohem Wachstum realisierbar wäre, und dieses die ökologische Stabilität angreift, heißt dann die Alternative: Kollaps der Umwelt versus Kollaps der Marktwirtschaft? Ist „Wachstum ohne Grenzen“ unsere einzige Chance? Muß der Prozeß der ständigen Erhöhung der Produktion und des Konsums ins Unendliche fortgesetzt werden – zur Erhaltung des Systems? Oder drängt sich nicht vielmehr die Frage immer stärker auf, wie Beschäftigung auch ohne (hohes) Wachstum gesichert werden kann, wie eine „beschäftigungsintensive Wirtschaftsstruktur“ zu erreichen ist?

Zur Frage, ob die Vollbeschäftigung über ein beschleunigtes Wachstum des Bruttosozialprodukts von 7% angestrebt werden solle, sagt die Perspektivkommission der *FDP*: „Eine solche Ausweitung des quantitativen Wirtschaftswachstums in seiner bisherigen Struktur ist weder von den Voraussetzungen her möglich, noch von den Nebenwirkungen her gesellschaftlich wünschenswert“<sup>12</sup>.

## Bewußte Verringerung der Arbeitszeit

Das Ziel der Wachstumspolitik – so hatte ich anfangs zitiert – kann als „Wachstumsrate des realen Sozialprodukts“, es kann aber auch als „Wachstumsrate des realen Sozialprodukts pro Arbeitsstunde“ definiert

werden. Schon diese (durchaus traditionelle) Wachstumsdefinition liefert eine (neue) Perspektive: Bewußte Verringerung der individuellen und gesamtgesellschaftlichen Arbeitszeit, Verkleinerung des Nenners des Wachstumsquotienten, wenn der Zähler (aus welchen Gründen immer) nicht mehr in gewohnter Weise zunimmt oder zunehmen kann. Die Diskussion über qualitatives Wachstum kann (und muß) also auch die Frage nach der Arbeitszeit und ihrer Verwendung mitbedenken, der steigende Grenznutzen der Freizeit und der sinkende Grenznutzen zusätzlicher materieller Güter ist zu konstatieren: „affluence tends to reduce the effort devoted to production of things“ [Überfluß führt dazu, die auf die Produktion von Gütern gerichtete Anstrengung zu verringern] (*P. A. Samuelson*).

Welcher der zur Zeit bei uns diskutierten Vorschläge: Senkung der wöchentlichen bzw. jährlichen Arbeitszeit oder Herabsetzung des Rentenalters und Heraufsetzung der Schulzeit ein Lösungsbeitrag zum Beschäftigungs- und Identifikationsproblem ist, ist gesellschaftspolitisch offen. Was die letztere Möglichkeit betrifft, so erscheint mir die damit entstehende Vision eines „Dreißig-Jahre-Lebens“ (*J. Galtung*), die Reduzierung des Menschen auf seine ökonomisch produktive Phase als bedrohlich. Wie natürlich auch die Einengung des anstehenden Problems auf die Frage der besseren Verteilung der Arbeitszeit vordergründig ein quantitatives Argumentieren ist, das die qualitative Ebene der menschlichen Tätigkeit nicht oder bestenfalls indirekt berücksichtigt, der überlieferte Lebensrhythmus – Kindheit, Ausbildung, Beruf, Ruhestand – wird dabei im wesentlichen nicht infrage gestellt.

Anders ausgedrückt: eine Diskussion über qualitatives Wachstum ohne Einbeziehung dessen, was man – etwas großspurig – die „Humanisierung der Arbeitswelt“ nennt, bleibt unvollständig. Und hier muß ebenfalls ein empirisches Defizit konstatiert werden: die Chancen und Möglichkeiten, den Arbeitsprozeß selber sinnvoller zu gestalten, sind generell nur ungenügend genutzt worden. Wo sind schon die Möglichkeiten der „vertikalen Rotation der Arbeit“, der „Erweiterung der Arbeit“, der „kooperativen Form der Arbeitsorganisation“, der „Integration und Verschiebung der einzelnen Lebensphasen zu einem komplexeren Lebensrhythmus“ in nennenswertem Umfang realisiert und wo sind die Chancen einer „konvivialen Gesellschaft“ erkannt worden<sup>13?</sup>

**„Humanisierung  
der Arbeitswelt“**

### 3.

Es scheint, daß bisher nirgends ein ausreichendes gesellschaftspolitisch verantwortliches Management für die Entwicklung und Anwendung neuer Technologien herausgebildet worden ist. Die technologische Ethik, die Können und Dürfen und Sollen identifiziert, erstreckte sich weit über die technische Sphäre hinaus und bildete für viele den Inbegriff der

**Das „Technologie-  
problem“**



technischen Zivilisation<sup>14</sup>. „In der Regel wird derjenige technische Wandel, der die privatwirtschaftliche Produktivität erhöht, als technischer Fortschritt bezeichnet und ist die Grundlage für Wirtschaftswachstum. ... Neu ist die beginnende Diskussion, ob diese Art von technischem Wandel bei den heutigen Möglichkeiten zu sozial nicht verantwortbaren Konsequenzen ... führt“<sup>15</sup>.

Nach einer Studie des *Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung* in Erlangen sind in der Bundesrepublik in den Jahren 1970–75 jährlich im produzierenden Gewerbe 3% der Arbeitsplätze durch technischen Wandel eingespart worden. Mittlerweile hat auch in verschiedenen Verwaltungsberufen und im Druckereiwesen die Rationalisierung voll eingesetzt.

#### Energieversorgung

Weichen für die Qualität des Wachstums werden aber wohl vor allem und in besonderem Maße in der Energiepolitik gestellt. Mit einem Investitionsprogramm von über 100 Milliarden DM allein für atomare Energie innerhalb eines Jahrzehnts werden natürlich Richtung und Art des Wirtschaftswachstums in der Bundesrepublik wesentlich vorprogrammiert: ein Wachstum in Richtung auf kapital- und energieintensive Großtechnologie, organisatorisch stark konzentriert auf wenige (multinationale) Unternehmen und angewiesen auf wachsende Sicherheitsanstrengungen<sup>16</sup>.

#### Ablehnung krankmachender Technologien

Ob und in welchem Maße solche Tendenzen sich auch durchsetzen, es zeigt sich immer deutlicher, daß der technische Fortschritt auch Kosten und enorme Risiken aufweist und daß eine neue Alternative sichtbar wird: die bewußte Ablehnung von Technologien wegen ihrer ökologischen, sozialen und politischen Folgen. Wenn die negativen Effekte der Technologie ein unerträgliches Maß erreichen und Versuche, die Trends zu korrigieren, scheitern, dann erweist sich die dem technologisch-industriellen Vorwärtsdrang innewohnende Prämisse, daß jede Technologie, die entwickelt wird, auch angewendet werden sollte – der technologische Imperativ – letztlich als pathogen<sup>17</sup>. Dann kann man sich nicht mehr alles, was technisch machbar ist, auch wirklich leisten. Dann muß insbesondere auch die schleichende Aushöhlung von Grundrechten durch technische Entwicklungen geprüft und verhindert werden.

#### Technologie- Bewertung

Indem Technologie-Bewertung unerwünschten ökologischen, sozialen (und letztlich auch politischen) Folgen vorzubeugen versucht, befaßt sie sich gewissermaßen mit der Qualität von Produktionsvorgängen. Bisherige Versuche, die anstehenden Probleme zu lösen, stießen jedoch auf mehrere Schwierigkeiten<sup>18</sup>:

a) Die vorhandenen Technologiebewertungsstellen verstehen sich primär als Institutionen der Förderung und nicht der Lenkung des technischen Fortschritts.

b) Selbst wenn eine kompetente Bewertung erstellt wird, wird ihr mißtraut. Hier wäre also zumindest „Gegenöffentlichkeit“ durch Doppelforschung und Doppel-Bewertung nötig.

c) Es entsteht uU in Hinblick auf die Technologiekontrolle ein Entscheidungsdilemma, weil nicht klar ist, ob mehr und bessere Kontrolle neuer Technologien fundamentale Aspekte der privatwirtschaftlich organisierten Gesellschaft aufhebt.

#### 4.

Wie immer man Gerechtigkeit definieren mag: Kaum jemand wird behaupten wollen, daß es bisher gelungen sei, eine auch nur annähernd gerechte Verteilung von wirtschaftlicher Macht und Wohlstand innerhalb und zwischen den Staaten herbeizuführen. Die Formulierung der Machtfrage – wer wen? – findet noch immer leicht ihre Antwort. Unbestreitbar besteht in einer wachsenden Wirtschaft kapitalistischer Provenienz eine Tendenz zur Akkumulation der Einkommen und Vermögen im Besitz von relativ Wenigen: „Es ist eine historische Tatsache, daß die immanenten Gesetze des Kapitalismus zur Akkumulation des Kapitals in Händen weniger führen<sup>19</sup>.“ Diese Tendenz wird durch Maßnahmen zur Förderung der Chancengleichheit, der sozio-ökonomischen Mobilität und durch mannigfache andere Maßnahmen in Schach gehalten. Aber diese Maßnahmen haben für eine gerechtere Verteilung nicht ausgereicht – das Sozialproduktwachstum hat das Verteilungsproblem nicht gelöst.

**Das „Verteilungsproblem“ (oder: die Machtfrage)**

Dazu nur ein Zahlenbeispiel: Die Zahl der Sozialhilfeempfänger steigt in der Bundesrepublik seit 1969 ständig an. Wie die jüngsten Erhebungen des *Statistischen Bundesamtes* ausweisen, hat sich die Zahl der Sozialhilfeempfänger (1975) um 7% gegenüber dem Vorjahr erhöht und eine Größenordnung von mehr als 2 Millionen Menschen erreicht – wobei nach Aussagen des Amtes noch eine erhebliche Dunkelziffer vorliegt. Es gibt zahlreiche Menschen, die „an sich“ sozialhilfeberechtigt wären, aber aus Scham oder mangelnder Information diese Hilfe nicht in Anspruch nehmen. Diese Gruppe würde den offiziellen Kreis der Sozialhilfeempfänger auf etwa das Doppelte, dh 4 Millionen Menschen anheben<sup>20</sup>. Zur gleichen Zeit hat die Zahl der Einkommens- und Vermögens-Millionäre weiter zugenommen.

**Vermögensunterschiede**

Die bisherige Steuerpolitik hat, auch dies ist kaum zu bestreiten, die (teilweise phantastischen) Einkommens- und Vermögensunterschiede in der Bundesrepublik nicht kleiner gemacht. Es wird gelegentlich die These vertreten, daß es eher umgekehrt sei. Auch jede auf linear-prozentuale Steigerungsraten abzielende Lohnpolitik der Gewerkschaften bzw eine ebensolche Steuersenkungspolitik des Staates trägt dazu bei. Eine Wachstumspolitik via Verschlechterung oder auch nur Beibehaltung der

jetzigen Einkommens- und Vermögensverteilung ist aber sicherlich kein Beitrag zu „qualitativem Wachstum“.

## 5.

Jede Gesellschaft hat ihre Leitgedanken. Der die Nachkriegszeit beherrschende Leitgedanke in der Bundesrepublik war materieller Wohlstand und technologischer Fortschritt. „Ausdruck der Epoche des quantitativen Wachstums ist in soziologischem Bereich ... die Formulierung einer Leistungs- und Konsumgesellschaft, deren Institutionalisierung letztlich auch zur Aufrechterhaltung des quantitativen Wachstums notwendig war“<sup>21</sup>. Jahrzehntlang dachte man über die Zukunft nur äußerst positiv. Doch dieses Zukunftsbild hat sich überlebt. Materieller Wohlstand führte zu zahlreichen Problemen, die Erwartung technologischen Wandels wich der Frage nach einer kontrollierten Technologie.

Rückblickend kann man feststellen, daß ein bestimmtes Paradigma (dh die Grundlagen des Wahrnehmens, Denkens, Bewertens und Handelns, verbunden mit einer besonderen Vision der Realität), das über die Zeit seine Bedeutung gewann, alle Aspekte der Gesellschaft entscheidend beeinflußt hat. Kennzeichnend für dieses Paradigma scheinen unter anderen die folgenden Prämissen zu sein<sup>22</sup>:

● Die Menschen sind in erster Linie durch den Wunsch nach dem Erwerb materieller Güter motiviert, der Überfluß bringt Erfüllung. Diese Prämisse setzt wiederum voraus, daß die Gesellschaft nach einem ständig wachsenden Wohlstand streben sollte<sup>23</sup>. Sie führt zu dem Ergebnis, daß die individuelle Identität eines Menschen und sein Erfolg im Leben an seinem Besitz und Einkommen oder seinem beruflichen Status gemessen werden.

● Auf ihrer Suche nach materiellem Wohlstand sind die Menschen berechtigt, sowohl die Natur als auch den Mitmenschen nach ihrer Nützlichkeit zu beurteilen. Deshalb wird die Natur als etwas vom Menschen Abgesondertes gesehen, das für seine Zwecke manipuliert werden kann. Die Mitglieder der Gesellschaft stehen miteinander im Wettbewerb um materiellen Gewinn und glauben, damit dem Allgemeinwohl zu dienen.

● Der beste Weg zur Entwicklung der Gesellschaft verläuft über die Industrialisierung der Güterproduktion und die Rationalisierung der Dienstleistungen. Diese Prämisse führt zur Beeinträchtigung der physischen Umwelt und zur Beeinflussung der psychischen Substanz des Menschen.

Mißt man das Paradigma, das unsere Gesellschaft beherrscht an den zutagegetretenen (hier nur kurz skizzierten) Problemen, so mag die These

**Das westliche  
Paradigma, oder:  
Wie leben wir  
morgen?**

**Prämissen  
des „westlichen  
Paradigmas“**

**Erfüllung  
durch Überfluß**

**Beurteilung  
nach Nützlichkeit**

**Entwicklung durch  
Rationalisierung**

**Ergebnis: eine  
Systemkrise**

gelten, daß eben dieses Paradigma zu Prozessen und Sachlagen führt, die schließlich seine immanenten Grundlagen angreifen. Das Resultat ist eine Krise – eine massive (und wachsende) Herausforderung an die Formen herkömmlichen wirtschaftlichen Wachstums.

### III. Zur methodisch-theoretischen Seite des Wirtschaftswachstums: Das Definitionsproblem

Im folgenden muß die Zielebene des Wachstums in wirtschaftswissenschaftlicher Sicht näher behandelt werden. Wirtschaftswachstum als Wachstum der Produktion und des Einkommens ist nicht nur das zentrale Ziel der Gesellschaft und der Wirtschaftspolitiker (und steht im *Stabilitäts- und Wachstumsgesetz*), es ist auch die zentrale Kategorie der Ökonomie. Was aber sagt die Ökonomie zur Frage, welches Wachstum sein soll, „Wachstum – wozu?“

*Fred Blum* meinte kürzlich: „Nationalökonomie, das ist eine Wissenschaft mit einem mangelnden Engagement für gesellschaftliche Werte“<sup>24</sup>, und *Emil Küng* sagt: „Für die traditionelle Nationalökonomie ist die Qualität des Lebens... ausschließlich eine Funktion der Quantität der Güterversorgung... Egoismus und Konkurrenz, nicht aber Gemeinwohl und Solidarität bestimmen das Wirtschaftsprinzip“<sup>25</sup>. Was stimmt an dieser Kritik?

Trotz der Wertfreiheit der Wissenschaft, auf die sich die Ökonomen berufen, unterschreiben die meisten von ihnen die folgende zentrale Gedankenkette: Vermehrter Einsatz der Produktionsfaktoren (Arbeit, Kapital, natürliche Ressourcen, technischer Fortschritt) führt zu Wirtschaftswachstum (Zunahme des Bruttosozialprodukts); dies ist die Voraussetzung bzw. bedeutet Steigerung der gesellschaftlichen Wohlfahrt! Maßstab für Wirtschaftswachstum ist also das Sozialprodukt (insgesamt oder pro Kopf) bzw. dessen Wachstumsrate, das mit Hilfe der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR) bestimmt ist. Die zentrale Rolle der traditionellen VGR für die vielfältigsten Politikbereiche ist evident: Bildungspolitik, Energiepolitik, Regionalpolitik usw. und deren Einbindung in die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung.

Diese VGR und das mit ihr ermittelte Bruttosozialprodukt (BSP) basiert jedoch auf gewissen Prämissen, die viele, die über Wachstum reden, nicht kennen. Kurz gesagt: Wirtschaftswachstum, verstanden als quantitative Zunahme des herkömmlich definierten BSP, heißt im wesentlichen nur Notierung jener menschlichen Aktivitäten, die am Markt angeboten und nachgefragt werden – und deren Bewertung mit dem jeweils realisierten Marktpreis.

Wachstum – wozu?

Die Rolle der  
volkswirtschaftlichen  
Gesamtrechnung

**Wachstumsrate  
des BSP nicht  
identisch mit  
Steigerung der  
gesellschaftlichen  
Wohlfahrt**

In der Konsequenz bedeutet dies, daß die Wachstumsrate des BSP nicht die Zunahme der gesellschaftlichen Wohlfahrt umfassend umschreiben kann. Im Umkehrschluß heißt dies, daß die Steigerung der gesellschaftlichen Wohlfahrt nicht ohne weiteres mit herkömmlich definiertem Wirtschaftswachstum identisch ist bzw dieses voraussetzt. (Dies auch schon deshalb nicht, weil man sich sehr wohl eine Erhöhung der Wohlfahrt der Gesellschaft durch bessere Verteilung des Vorhandenen vorstellen kann.)

*Erhard Eppler* sagt in diesem Zusammenhang: „Daß Wachstum nicht Fortschritt ist, wird heute auch nur von denen geleugnet, die es für systemgefährdend halten, daraus Folgerungen zu ziehen“<sup>26</sup>.

Dabei wissen die Befürworter uneingeschränkter quantitativen Wachstums natürlich auch, daß angesichts der vorliegenden Defizite und Mängel eine Verlangsamung des Wachstums bisheriger Art zu härteren gesellschaftlichen Auseinandersetzungen führen kann. Mängel werden dadurch verdeckt, daß bei ständigem Wachstum alle etwas vom „Kuchen“ bekommen – die einen mehr, die anderen weniger.

**Wirtschafts-  
Wachstum ist nicht  
qualitatives  
Wachstum**

Als Arbeitshypothese sei festgehalten: Unter den gegebenen Bedingungen ist Wirtschaftswachstum, mit den herkömmlichen Methoden ermittelt, nicht qualitatives Wachstum. Für eine qualitative Wachstumspolitik fehlen uns bisher die Maßstäbe. Mit den herkömmlichen Methoden ist daher auch die (Steigerung der) Wohlfahrt der Gesellschaft nicht zu messen<sup>27</sup>. Für die Ermittlung und Förderung qualitativen Wachstums ist das herkömmliche (betriebs- und volkswirtschaftliche) Rechnungswesen ungeeignet, weil es (a) unvollständig ist und (b) fehlerhafte Bewertungen beinhaltet.

**Unvollständiges  
volkswirtschaftliches  
Rechnungswesen**

Zu a: Argumente zum ersteren betreffen all jene menschlichen Aktivitäten, die nicht über einen Markt gehen bzw für die kein Markt im eigentlichen Sinne besteht. Ich nenne hier nur einige Stichworte: Eigenleistungen der Haushalte; die nicht behandelten Sozialkosten der Produktion und Konsumtion; die öffentlichen Güter; die Freizeit.

Auch und wenn man das Sozialprodukt durch Ausschaltung von Preisänderungen (Inflation, Deflation) bereinigt und Bevölkerungsveränderungen (Zunahme, Abnahme) berücksichtigt, um die „wahre“ wirtschaftliche Entwicklung besser widerzuspiegeln, kommt man an die qualitativen Probleme der Kategorie Sozialprodukt nicht heran, welche, als Summe der effektiven Marktnachfrage, nur (mit gewissen Ausnahmen) die marktmäßig gehandelten Güter und Dienste erfaßt und mit ihrem Marktpreis bewertet. Noch immer ist das Sozialprodukt als zentrale Zielkategorie aller Wirtschaftspolitik so definiert, daß es unter sonst gleichen Umständen mit zunehmender Freizeit, zunehmender innerhäuslicher Tätigkeit, nachbarschaftlicher Hilfe usw sinkt – und umgekehrt: mit zunehmenden Wegekosten, wachsenden Werbeausgaben, Verkehrs-

unfällen usw steigt – sich also umgekehrt verhält, wie man es von einem Wohlfahrtsmaß erwarten und wie man es für eine Politik des qualitativen Wachstums benötigen würde. „Die vorherrschende Orientierung am Sozialprodukt-Wachstum wird (einer) qualitativen Zielsetzung nicht gerecht“<sup>28</sup>.

Zu b: Was die Frage der fehlerhaften Bewertungen der wirtschaftlichen Aktivitäten durch die bisherige Sozialprodukt-Rechnung angeht, so liegt hier das besondere Problem in dem möglichen Auseinanderfallen von Tauschwert und Gebrauchswert; die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung mißt den Tauschwert, nicht den Gebrauchswert. Am Beispiel der Gesundheitsausgaben erläutert bedeutet dies, daß die VGR zwar die geldlichen Aufwendungen für Güter und Dienstleistungen im Gesundheitswesen erfaßt, daß aber alle diese Beträge nichts über den Nutzen des Gesundheitswesens und über den tatsächlichen Gesundheitszustand der Bevölkerung aussagen, sondern nur die Aufwendungen für das Gesundheitswesen widergeben – die Produktivität dieser Ausgaben bleibt offen.

**Fehlerhafte  
Bewertungen**

Einfacher ausgedrückt: Die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung herkömmlicher Art kann keine (und will auch keine) Unterscheidung zwischen guten und schlechten Ausgaben machen, der gesellschaftliche Wert eines am Markt gehandelten Gutes liegt in dem dafür realisierten Preis, wobei dieser Preis wiederum administriert oder monopolisiert sein kann. Die Konsum- und Investitionsausgaben, egal von wem, egal wofür getätigt, werden registriert. Jede Mark hat das gleiche Gewicht, egal, wieviel man davon bereits hat. Die Produktion der gehandelten Güter und Dienste, die Verausgabung des Einkommens für Konsum- und Investitionszwecke jeglicher Art, all dies geht positiv in das Sozialprodukt ein – und dieses ist das zentrale Zielkriterium der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik.

**Volkswirtschaftliche  
Gesamtrechnung  
unterscheidet nicht  
zwischen gut und  
schlecht**

Ein entsprechendes Wachstumskonzept ist also ein methodisches Konzept mit strikten Voraussetzungen und großen Auswirkungen wie zum Beispiel:

- Einkommens- (Lohn- und Gewinn-)Steigerung als Motiv des Handelns,
- Verabsolutierung des Marktes,
- Mißachtung der Möglichkeit des sinkenden Grenznutzens des Geldes und damit im Grunde: Nichtbeantwortung der Fragen, welches Wachstum sinnvoll sei und „Wachstum – wozu?“

*Emil Küng* sagt in diesem Zusammenhang: Die Rezepte der Wirtschaftstheorie „...in bezug auf die Qualität des Lebens (sind)... außerordentlich dürftig... Reichtum als Glücksgarantie – so könnte man abgekürzt die herrschende Auffassung umreißen. (Materieller) Wohlstand als Synonym für die subjektive menschliche Wohlfahrt – so ließe sich die gedankliche Grundlage für den Großteil der wirtschaftlichen Tätigkeit und

**Reduktion der  
menschlichen  
Bedürfnisse auf  
das Materielle**

der wirtschaftspolitischen Maßnahmen charakterisieren“<sup>29</sup>. Und *Johan Galtung* meint: „Die Entwicklung der Gesellschaft wurde eingeschränkt auf die Ebene des ökonomischen Wachstums ..., die Bedürfnisse des Menschen sind reduziert auf das materielle ökonomische Bedürfnis nach steigendem Einkommen“<sup>30</sup>.

Auf der Basis dieses methodischen Konzepts werden in der Wirtschaftspolitik des Alltags Gedankenketten geboren wie jene, daß nur durch eine hohe Wachstumsrate des Sozialprodukts Vollbeschäftigung gesichert, der Umweltschutz ermöglicht und Verteilungsgerechtigkeit erreicht werden können – oder, wie *Henry Wallich* das genannt hat: „Wachstum wird ein Ersatzstück für Gerechtigkeit“ – Wachstum wird zum Fetisch!

Obwohl über die immanenten Mängel des Sozialprodukts als „Wohlfahrtsmaß“ schon früh und seit einigen Jahren sogar recht intensiv wissenschaftlich diskutiert worden ist<sup>31</sup>, hat dies bisher noch keine nennenswerten praktischen Konsequenzen gehabt. Doch muß qualitatives Wachstum nicht ein Beiwort ohne Substanz bleiben. Was man methodisch in dieser Richtung tun kann, wie man die (meines Erachtens notwendige) Qualifizierung des Wachstumsziels erreichen kann, darüber wird vor Schluß zu diskutieren sein. Zuvor will ich mich noch einem anderen, praktischen Problem der Wirtschaftspolitik zuwenden.

#### **IV. Zur gestalterischen Seite des Wirtschaftswachstums: Das Politikproblem**

##### **Wirtschaftspolitik als Investitions- Förderungspolitik**

Die zentrale Bedingung des Gestaltungsaspekts wirtschaftlichen Wachstums besteht darin, daß Investitionen getätigt werden. Diese aus der Wirtschaftstheorie übernommene Bedingung prägt die praktische Wirtschaftspolitik. Es ist nicht unangemessen zu sagen, daß Wirtschaftspolitik in unserem Wirtschaftssystem primär und vor allem, direkt oder indirekt, „Investitions-Förderungs-Politik“ ist. Wenn quantitatives Wirtschaftswachstum das Ziel ist, dann sind Investitionen das Mittel zu diesem Ziel. Um national und international wettbewerbsfähig zu sein, sehen sich Investoren zu Produktivitätssteigerungen und Regierungen zu deren Förderung genötigt. Unter den gegebenen Bedingungen führt dies (und den Beweis braucht man nicht erst zu erbringen) zu steigendem Energie- und Rohstoffumsatz, der wiederum Umweltschäden und Ressourcenerschöpfung in sich birgt. Die Praxis eines hohen quantitativen Wirtschaftswachstums muß sich da infragestellen, wo sich erweist, daß nicht alle wachstumsrelevanten Faktoren quantitativ zunehmen, sondern abnehmen bzw wo die negativen Wirkungen (die „Kosten“) die positiven (die „Erträge“) übersteigen oder auch nur ein bestimmtes Maß überschreiten. Zum einen produziert quantitatives Wachstum bisheriger Art hohe negative Wirkungen, zum anderen nähern sich die Ressourcen bei exponentiellem Abbau auch exponentiell der Erschöpfung.

Organisatorisch gesehen heißt dies: Bevorzugung der Investoren gegenüber den Nicht-Investoren, relativ oder absolut, monetär oder psychologisch. Dies braucht dann kein besonderes Problem zu sein oder zu werden, wenn:

- die Zahl der Investoren und Nicht-Investoren nicht in einem Mißverhältnis zueinander steht,
- der Nicht-Investor ein Investor werden kann (oder dies zumindest glaubt),
- die Ergebnisse der „Investitionsförderung“ gerecht oder nicht allzu ungerecht verteilt werden, dh Investoren und Nicht-Investoren zugutekommen.

In einem arbeitsteiligen und hochkonzentrierten Wirtschaftssystem besteht indes die Aussicht, daß alle oder einige dieser Voraussetzungen nicht oder aber zeitweise nicht erfüllt sind. In einer Wirtschaft auf hohem Niveau und mit komplexer Technologie steht allgemeine „Investitionsförderungspolitik“ immer vor dem Problem, diesen Konzentrationsprozeß noch zu verstärken. Wachstumspolitik wird dann zu Konzentrationspolitik – mit der möglichen Konsequenz, daß vieles zu groß, zu kompliziert und zu kapitalintensiv wird.

Eine  
Strukturpolitik  
fehlt

Allgemeiner ausgedrückt läßt das Politik-Problem in einem Wirtschaftssystem unseres Typs sich dahingehend umschreiben, daß einerseits die Notwendigkeit der Investitionsförderung besteht, daß andererseits aber die qualitative Einflußnahme auf die Zusammensetzung der Investitionen beschränkt oder nicht gegeben ist. Ob wegen des Nicht-Wissens oder des Nicht-Könnens – eine eigentliche Strukturpolitik ist in unserem Wirtschaftssystem bisher nicht vorhanden<sup>32</sup>. Eine Wirtschaftspolitik, die die Struktur der gesamtwirtschaftlichen Investitionen nicht beeinflussen, den technologischen Wandel nicht steuern und den Mißbrauch von Marktmacht nicht wirksam kontrollieren und unterbinden kann, muß angesichts der Probleme, die sich der gesellschaftlichen Entwicklung stellen, scheitern.

## V. Zukünftiges wirtschaftliches Wachstum: ökologische, beschäftigungsmäßige, technologische und verteilungspolitische Ansatzpunkte

Falls die von mir angesprochenen empirischen Probleme unserer Wirtschaft und Gesellschaft auch nur einigermaßen angemessen analysiert wurden, und wenn man tiefgreifende Änderungen im Wachstumsprozeß konstatiert, dann bedarf die Lösung dieser Probleme des Übergangs zu einem neuen Leitbild. Dabei geht es nicht um die Frage: Wachstum – ja oder nein? Die Frage muß lauten: Welches Wachstum?

Welches Wachstum?

Meines Erachtens geht es auch nicht um die Frage, ob ein dauerhaftes Wachstum des Sozialprodukts von 5% jährlich möglich ist, sondern



darum, ob wir uns ein Wachstum von 5% des bisherigen Typs dauerhaft vorstellen können. Und es muß auch nicht „um jeden Prozentpunkt mehr Wachstum gekämpft werden“, wie das *Institut der deutschen Wirtschaft* in einer Modellrechnung kürzlich behauptete<sup>33</sup>, wenn und solange dieses Wachstum zu sehr problemgeladenes Wachstum ist.

Obwohl der Übergang vom quantitativen Wachstum bisherigen Typs zu qualitativem Wachstum neuen Typs seinerseits problematisch ist und sicherlich nicht ohne Reibungen vor sich gehen wird und die Formulierung dessen, was qualitatives Wachstum ist und sein soll, keineswegs von einem einzigen und ein für allemal vorgenommen werden kann, sondern einer breiten und möglicherweise langwierigen Diskussion in der Gesellschaft bedarf, so lassen sich doch bestimmte Kriterien benennen (und aus dem bisher Gesagten ableiten), die so etwas wie Wegweiser qualitativen Wachstums darstellen mögen.

**Qualitatives  
Wachstum als  
reale Utopie**

Charakterisiert man qualitatives Wachstum vom Begriff und von der Genese her, so ist festzustellen, daß es aus den politisch-ökonomischen Folgen des quantitativen Wachstums entstand und als denkbare Alternative vorgestellt wurde<sup>34</sup>. Qualitatives Wachstum als reale Utopie begriffen, könnte die Funktion eines neuen Leitgedankens übernehmen. Aufgabe bleibt die Konkretisierung qualitativen Wachstums für die je konkrete Wirtschaft. Letztlich ist qualitatives Wachstum auf zwei Wegen bestimmbar: aus der Analyse der Negativerscheinungen bisherigen Wachstums und aus der positiven Bestimmung zukünftiger Entwicklungen. Geht man (zunächst) den ersten Weg, dann treten neben das als zu eng erkannte bisherige Wirtschaftlichkeitskriterium die Kriterien der Umweltverträglichkeit (die ökologische Bilanzierung der Produktion), der Beschäftigungs- und Sozialverträglichkeit, der Verteilungsgerechtigkeit der Wirtschaftstätigkeit, wie ich sie zuvor umschrieben habe. Durch eine derart erweiterte Verträglichkeitsprüfung würde der Wachstumsprozeß qualitativ bestimmt, die Rahmenbedingungen änderten sich, das resultierende Wachstum des Sozialprodukts ließe sich als „qualitativ“ apostrophieren; es würde sich in eine andere Richtung bewegen, anders strukturiert sein und vornehmlich auch anderen sozialen Gruppen zukommen.

**Kriterien:**

Die folgenden (normativen) Elemente könnten ein neues Leitbild für zukünftige Entwicklungen ausmachen<sup>35</sup>:

**Eine ökologisch  
orientierte  
Wirtschaftsweise**

● Ein Inbezugsetzen von Ökonomie und Ökologie und eine Koordination befriedigender Lebensumstände (Standards) sind in vielerlei Hinsicht notwendiger als eine Nutzenmaximierung in einer definierten Richtung (über Markteinkommen). Eine ökologisch orientierte Wirtschaftsweise erkennt Einschränkungen gegenüber den verfügbaren Ressourcen, sie wird die ökologischen Verhältnisse nur weise ändern,

Recycling-Mechanismen schaffen, der Dauerhaftigkeit der Güter ein besonderes Augenmerk geben. Unter qualitativem Wachstum ließe sich dann eine Erhöhung des Sozialprodukts (bzw des Einkommens) verstehen, die mit deutlich verringertem Rohstoff- und Energieverbrauch und mit geringerer (bzw keiner weiteren) Umweltbelastung auskommt<sup>36</sup>. Hierzu wären also Produktions- und Konsumgüter mit besseren Gebrauchseigenschaften bei gleichem oder verringertem Ressourceneinsatz je Produkteinheit erforderlich.

● Es ist nicht zu übersehen, daß erreichte Positionen des Umweltschutzes und die Gemeinsamkeit des Bekenntnisses zu einer gesunden Umwelt aufgrund konjunktureller Überlegungen, Entscheidungen und Taktiken ins Wanken geraten können: die kurzfristige Sorge um Arbeitsplätze, Wirtschaftswachstum und öffentliche Finanzen wird stärker als die langfristige Sorge um die Erhaltung der Umwelt. Unternehmer sprechen von Millionenverlusten, Gewerkschaften vom Verlust von Arbeitsplätzen, Kommunen von Haushaltsdefiziten, wenn schärfere Umweltgesetze und -verordnungen realisiert würden. Dies kann jedoch zu einer fatalen Zwickmühle führen. Es gilt dagegen, eine falsche Wahl zu vermeiden und die Möglichkeiten voll auszuloten, die eine Harmonisierung von Teilzielen (eine gleichzeitige Anwendung der genannten Kriterien qualitativen Wachstums) zulassen.

**Harmonisierung  
von Teilzielen**

● Um das Beschäftigungsproblem angehen zu können, müßten Kooperation und Solidarität als Organisationsprinzipien stärkere Bedeutung im Wirtschaftsprozeß finden. Unter den gegebenen Bedingungen dagegen wäre das Beschäftigungsproblem ohne Wachstum nur lösbar, wenn man auf Teile der Lohnerhöhung verzichtet und/oder das Kapital sinkende Profitraten hinnimmt; der erstrebte Kapitalgewinn würde dann nicht länger allein darüber entscheiden, ob und wofür Kapital verfügbar ist.

**Solidarität beim  
Beschäftigungs-  
problem**

● Die Kriterien erfolgreichen wirtschaftlichen Handelns müßten über die des Marktergebnisses hinausgehen, sie müssen substantieller Natur<sup>37</sup> werden:

**Neubestimmung  
wirtschaftlichen  
Erfolgs**

– Wenn Wachstum zu ökologischen Risiken und zur Ressourcenverschwendung führt, dann müssen die Umweltstandards verschärft und Recycling zu einem praktisch angewendeten Prinzip werden. Umweltschutz darf nicht an fehlendem Umwelt-Mut scheitern.

– Wenn Wachstum zur ersatzlosen Wegrationalisierung von Arbeitsplätzen wird oder die Identität des Arbeitenden angreift, dann muß der Übergang geschafft werden zu einem insgesamt arbeitsplatzerhaltenden bzw -verbessernden technischen Fortschritt. „Humanisierung der Arbeitswelt“ könnte zu einem gehaltvollen wirtschaftspolitischen Programm gemacht werden.

● Wenn der Produktivitätsanstieg in bestimmten Wirtschaftsbereichen kontinuierlich über dem Produktionsanstieg liegt, so müssen Arbeitsplätze in anderen Bereichen für die „Freigesetzten“ bereitgestellt werden. Anders als der Industriesektor wird und kann der Dienstleistungssektor sich

**Ausdehnung  
des Dienst-  
leistungssektors**

weiter ausdehnen – zumal der Anteil des Industriesektors in der Bundesrepublik nach wie vor fast 10 Prozentpunkte über dem entsprechenden Anteil in den anderen *OECD*-Ländern liegt. Der wichtigste Bedarf liegt dabei sicherlich im Bereich der Human-Dienstleistungen.

**Neues  
Technologie-  
management**

● Das genannte Technologie-Kriterium könnte schon bei der jetzigen staatlichen Forschungsförderung relativ schnell stärkeren Eingang finden. Wenn es stimmt, daß der Abstand zwischen dem, was wir tun können, und dem, was wir tun dürfen, größer wird, dann wird das Technologiemanagement zu einer wichtigen gesellschaftlichen Aufgabe, die völlig anders angegangen werden muß als dies bisher geschieht.

**Verteilungs-  
gerechtigkeit**

● Schließlich muß das Kriterium der Verteilungsgerechtigkeit zu einem integrierten Bestandteil der wirtschaftlichen Tätigkeit werden, wobei „Verteilung“ zugleich differenzierter gesehen werden muß als dies bisher geschieht.

**Bleibt  
Wirtschaftspolitik  
nur Reaktion  
auf Defizite?**

Bei Einbeziehung der genannten Kriterien in ein Konzept qualitativen Wachstums könnte man sagen, daß Wachstum aus einer Konstanten mehr zu einer abgeleiteten Variablen wird. Man könnte auch sagen, daß es sich um neue Rahmenbedingungen handelt, die, aus der Defizit-Analyse des bisherigen Wachstums ableitbar, den künftigen Wachstumsprozeß qualifizieren.

Die Frage hiernach bleibt, ob denn Wirtschaftspolitik heute und in Zukunft nicht mehr zu bieten habe als Reaktion auf Defizite. *Erhard Eppler* sagte kürzlich: „Der sogenannte Sachzwang beginnt damit, daß zur Lösung des jeweiligen Problems bestimmte Wachstumsraten als notwendig postuliert werden, ohne daß dieses Wachstum inhaltlich beschrieben würde. Die Formel vom ‚qualitativen Wachstum‘ dient dabei als entschuldigende Leerformel, solange nicht gesagt werden kann, was wachsen soll und was nicht. Wer dieser Prämisse zustimmt, kommt zwangsläufig zu der heute praktizierten Politik“<sup>38</sup>.

**Rolle der  
Wissenschaft:  
Qualifizierung des  
Wachstumsziels**

Man braucht dieser Prämisse nicht zuzustimmen – und ich will versuchen, zum Schluß zu skizzieren, wie man „qualitatives Wachstum“ positiv operabel machen kann. Ich komme damit zurück auf die Rolle der Wissenschaft. Was ist zu tun?

Methodisch gesehen geht es darum, eine Qualifizierung des Wachstumsziels zu erreichen. Wohlfahrtsorientiertes Sozialprodukt, Bedürfnisforschung, Gebrauchswert-Orientierung der Produktion, Organisation eines den gesellschaftlichen Bedarf artikulierenden Diskurses sind hier relevante Stichworte. Pragmatisch orientierte Versuche dieser Art laufen in verschiedenen Ländern unter verschiedenen Begriffen. Ich nenne nur zwei: (a) Nettowohlfahrtsindex, (b) Sozialindikatorforschung.

**Ein Nettowohl-  
fahrtsindex**

Zu a: Bei diesem methodischen Ansatz geht es darum, wohlfahrtspositive von wohlfahrtsnegativen wirtschaftlichen Aktivitäten zu trennen und auf

diese Weise – durch ein Gegeneinander-Aufrechnen – zu einem Maß der Netto-Wohlfahrt zu gelangen. Eine solche Unterscheidung, die die Wirtschaftswissenschaft bisher vermieden hat, ist notwendig für die Formulierung eines substantiellen Rationalitätsprinzips und seiner Anwendung in der Praxis. Sie impliziert, Bedürfnisse zu artikulieren, die jetzt am Markt nicht vertreten sind bzw private Bedürfnisse, die über den Markt befriedigt werden, gesellschaftlich zu relativieren. Ausgangspunkt dieser Arbeiten ist die Annahme, daß herkömmliches Wirtschaftswachstum und gesellschaftliche Wohlfahrt sich gegenläufig entwickelt haben bzw entwickeln können. Dies soll festgestellt werden (durch sozioökonomische und nicht nur ökonomische Messung), um dann entsprechende Änderungen der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik vornehmen zu können.

Als Beispiel eines relativ weit entwickelten Ansatzes in dieser Richtung nenne ich die Arbeiten des japanischen Wirtschaftsrates zum NNW – „Net National Welfare“ –, mit dem Subtraktionen (Umweltschäden, Umweltinvestitionen), aber auch Additionen (Freizeit, Haushaltstätigkeit, Infrastruktur) zur Wachstumsermittlung über die traditionelle Sozialproduktrechnung vorgenommen werden<sup>39</sup>.

Mit diesen Arbeiten wird nachgewiesen, daß das Sozialprodukt (und die Wachstumsrate) in der traditionellen Berechnung überhöht ist, weil insbesondere die Umwelt in der VGR nicht (ausreichend) berücksichtigt ist. Dieser methodische Ansatz bleibt allerdings insofern „einseitig“, als er die Wohlfahrt der Gesellschaft in Geldeinheiten zu messen sucht.

Zu b: Grundsätzlich mehr-dimensional angelegt sind dagegen die Versuche mit Sozialindikatoren, mit deren Hilfe alle Bereiche menschlicher Aktivität durchleuchtet werden sollen, die für die Lebensqualität des Einzelnen und der Gesellschaft bedeutsam sein können. Ausgegangen wird von einer (mehr oder weniger) systematischen Analyse des globalen Wohlfahrtsziels, das dann in Zielbereiche eingeteilt wird, wobei der im engeren Sinne ökonomische Bereich nur einer von mehreren Bereichen ist.

**Sozialindikator-  
forschung**

Im Hinblick auf die Entwicklungsländer möchte ich als Beispiel die Versuche des *Overseas Development Council*<sup>40</sup> zur Ermittlung der „Physical Quality of Life“, im Hinblick auf die westlichen Industrieländer die jüngste Veröffentlichung der *OECD* zum Thema „Soziale Anliegen und Sozialindikatoren“<sup>41</sup> nennen.

In diesen Arbeiten werden zunächst (mehr oder weniger umfangreiche) soziale Ziel-Bereiche definiert. Auf einer mehr detaillierten Ebene wird dann mit der Suche und Quantifizierung von einzelnen Indikatoren (objektiver und subjektiver Art) begonnen<sup>42</sup>. Insgesamt werden so Zeitreihen von mehreren hundert Einzelindikatoren ermittelt, die auf ihre interne Korrelation untereinander und mit dem traditionell ermittelten Sozialprodukt untersucht werden – und dann auch in einem ökonometrischen Planungsmodell Eingang finden können.

Diese Art der Analysen (die hier nur kurz skizziert werden konnten), münden in einer Ganzheitsbetrachtung des Menschen, die, wie *Emil König* sagt, „die Identifikation der Lebenswerte mit den Marktwerten... zu einer nahezu unverzeihlichen Sünde der modernen Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik werden läßt“<sup>43</sup>.

## VI. Schlußbetrachtung

### Neue Maßstäbe für Wirtschaftspolitik

Ein kurzes Fazit: Quantitatives Messen in den genannten Richtungen ist eine Voraussetzung für die Gestaltung qualitativen Wachstums; besseres Messen ist Bedingung für die Erweiterung der als unzureichend erkannten Steuerungskapazität von Wirtschaft und Gesellschaft. Wirtschaftspolitik mißt ihren Erfolg dann nicht mehr (oder nur) an der Wachstumsrate des Sozialprodukts, sondern auch an den Bewegungen der Sozialindikatoren, die eine qualitative Veränderung der Lebensbedingungen anzeigen. Die genannten Ansätze ermöglichen auch ein stärkeres Bewußtwerden darüber, daß es zukünftig mehr auf den Zweck und die Art des Wachstums ankommt, einschließlich seiner subjektiven Dimensionen, denn auf die aggregierte Wachstumsrate selbst<sup>44</sup>. Bei aller Kritik an der offensichtlichen Strategiebedingtheit (*K. Zimmermann*) des qualitativen Wachstums stellt das Konzept in den ersten vorliegenden Konturen doch eine und vielleicht die einzige Möglichkeit dar, den Konflikt zwischen quantitativem Wachstum und seinen aufgezeigten Folgen und seinen Grenzen zu lösen.

### Ein Lernprozeß ist notwendig

Im Hinblick auf die Bestimmung und Gewinnung qualitativen Wachstums wird zugleich die Notwendigkeit eines immensen Lernprozesses offenbar; dieser Voraussetzung kann man verständlicherweise zumindest skeptisch gegenüberstehen. Ob die genannten Ansätze also im Sinne der Durchsetzung qualitativen Wachstums auch genutzt werden, welche politischen und rechtlichen Möglichkeiten der Realisierung von Alternativen gegeben sind, wie die Ersetzung quantitativer durch qualitative Komponenten vonstatten gehen kann, dies sind Fragen, deren Beantwortung allerdings nicht leicht ist, und die ich hier auch nicht beantworten will. Ich möchte schließen mit einem Gedanken und einer Aufforderung des kürzlich verstorbenen *E. F. Schumacher*: „Wir müssen das Augenmerk auf die qualitativen Faktoren lenken, auf das, was wir eigentlich brauchen und das, was wir eigentlich tun wollen – und uns nicht weiter von Statistikern (und Technokraten) verführen lassen, alles zu addieren und dann zu jubeln, wie weit wir es gebracht haben... In den letzten dreißig Jahren haben wir meistens nur gefragt, was dem Wachstum nütze... aber nicht, was dem Menschen nützt“<sup>45</sup>.

## Anmerkungen

- 1 Vgl E. Dürr: Wachstumspolitik, Bern und Stuttgart 1977, S 9.
- 2 Ebenda.
- 3 E. Eppler: Qualifiziertes Wachstum. Nur eine Floskel? in: Die Zeit, Nr 35, 1977, S 20.
- 4 J. Galtung: Gedanken über die Zukunft, in: Aufgabe Zukunft – Qualität des Lebens, Beiträge zur vierten internationalen Arbeitstagung der Industriegewerkschaft Metall, Bd 1, Frankfurt 1972, S 218–243, hier S 224.
- 5 Notwendig, aber nicht hinreichend ist die Definition „humanen Wachstums“ in Forum-SPD, Materialien: Vorausschauende Strukturpolitik für Vollbeschäftigung und humanes Wachstum, Hrsg: Vorstand der SPD, Bonn 1977. In mancher Hinsicht konkreter waren die Ausführungen auf der Fachtagung „Energie-Beschäftigung-Lebensqualität“ am 28. und 29. April 1977 in Köln, Hrsg: Vorstand der SPD, Bonn 1977 (Vgl darin besonders das Grundsatzreferat von E. Eppler, S 16–30).
- 6 J. Galtung: Gedanken über die Zukunft, aaO, S 225.
- 7 E. Eppler: Qualifiziertes Wachstum, aaO, S 20.
- 8 Vgl zum folgenden T. S. Kuhn: The Structure of Scientific Revolutions, Chicago 1970; Wirtschaftsdienst, 6, 1976.
- 9 Vgl Arbeitsgruppe Umwelt, Gesellschaft, Energie (AUGE) an der Universität Essen, GHS, Projekt: Bedingungen der umweltpolitischen Neuorientierung des herkömmlichen Wirtschaftswachstums im marktwirtschaftlichen Industriesystems, Arbeitsplan 1975.
- 10 Vgl zB A. M. Freeman, R. H. Haveman, A. V. Kneese: The Economics of Environmental Policy, New York etc 1973; B. S. Frey: Umweltökonomie, Göttingen 1972.
- 11 Vgl Arbeitsgruppe, aaO.
- 12 FDP-Informationsdienst Nr 8 (Perspektivkommission): Aktuelle Perspektiven des Liberalismus, Bonn 1977, S 11–23, hier S 15.
- 13 Vgl I. Illich: Selbstbegrenzung. Eine politische Kritik der Technik, Reinbek 1975.
- 14 Vgl E. M. Donagh: Wertpräferenzen im Bereich der Technik, in: Concilium, 12, 1975, S 667–678.
- 15 V. Hauff: Abschied vom blanken Fortschrittsglauben. Die Technik birgt Gefahren für die Freiheit, in: Vorwärts, Nr 21, 1977, S 11.
- 16 Vgl E. Eppler: Qualifiziertes Wachstum, aaO; E. Küng: Steuerung und Bremsung des technischen Fortschritts, Tübingen 1976; A. B. Louins, J. H. Price: Non-Nuclear Futures. The Case for an Ethical Energy Strategy, Cambridge/Mass 1975.
- 17 Nach wie vor anregend hierzu, sozusagen ein technologiekritisches Standardwerk: E. J. Mishan: Technology and Growth. The Price we Pay, New York, Washington 1970. Vgl auch derselbe: Growth and Antigrowth: What are the Issues? in: A. Weintraub ua (Hg): The Economic Growth Controversy, White Plains, New York 1973, S 3–38.
- 18 Vgl Wirtschaftsdienst, aaO.
- 19 K. Zimmermann: Aspekte des qualitativen Wachstums, in: Jahrbuch für Sozialwissenschaft, 2, 1976, S 310.
- 20 Vgl Frankfurter Rundschau, 7. Juni 1977.
- 21 K. Zimmermann: aaO, S 312.
- 22 Vgl hierzu E. Küng: Die Krise der Wohlstandsgesellschaft und die notwendige Umorientierung – Grenzen des wirtschaftlichen Wachstums, in: Universitas, 27, 1972, S 1153–1161; Wirtschaftsdienst, aaO.
- 23 „Der Westen hat seine Legitimationsgrundlage zusehends verschoben, von einem transzendentalen Bild des Menschen zu einer Orientierung auf Bruttosozialprodukt und Prokopfeinkommen.“ Z. Brzezinski: Dem Wandel eine Richtung geben, in: Die ZEIT, Nr 43, 1977, S 9.
- 24 F. Blum: Nationalökonomie als Engagement für Werte, in: Sozialwissenschaften – wozu? Magazin Brennpunkte 8, mit Beiträgen von Fred Blum, Johan Galtung, K. William Kapp, Klaus M. Meyer-Abich, Gunnar Myrdal, Ignacy Sachs, Udo E. Simonis, Frankfurt aM 1977, S 23–36, hier S 23.
- 25 E. Küng: Die Qualität des Lebens als Ziel der Wirtschaft- und Gesellschaftspolitik, in: Schweizerische Monatshefte, 54, 1974, S 21–32, hier S 21.
- 26 E. Eppler: aaO.
- 27 Ausführliche Hinweise auf Auseinandersetzungen mit dieser Problematik finden sich bei H. Simonis/U. E. Simonis: Lebensqualität. Zielgewinnung und Zielbestimmung. Quality of Life. Methods and Measurement. Bd 21, Kieler Schrifttumskunden zu Wirtschaft und Gesellschaft, Kiel 1976.
- 28 Perspektivkommission der FDP: aaO, S 16.
- 29 E. Küng: Die Qualität des Lebens..., aaO, S 22.
- 30 J. Galtung: Menschliche Bedürfnisse. Brennpunkt für die Sozialwissenschaften, in: Sozialwissenschaften – wozu?, aaO, S 89–110, hier S 93.
- 31 Vgl zB: C. Leipert: Unzulänglichkeiten des Sozialprodukts in seiner Eigenschaft als Wohlfahrtsmaß, Tübingen 1975; S. Lörcher: Zur Quantifizierung der „Sozialen Wohlfahrt“ in Japan, Bd 80, Mitteilungen des Instituts für Asienkunde, Hamburg 1976; P. Walsler: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung – Revision und Erweiterung, Göttingen 1975.
- 32 Oder, wie ein Mitglied der SPD kürzlich sagte: „Wir regieren, aber wir können oft nicht durchsetzen, was wir wollen“. H. Ehmke, in: Vorwärts, Nr 20, 1977.
- 33 Zitiert nach Kieler Nachrichten, 7. Juni 1977.
- 34 Vgl K. Zimmermann: aaO, S 309.

- 35 Vgl zum folgenden E. Küng: Die Krise der Wohlstandsgesellschaft... aaO; Wirtschaftsdienst, aaO; K. W. Kapp: Nationalökonomie und rationaler Humanismus, in: *Kyklos*, Vol 21, 1968, S 1–25.
- 36 Im englischsprachigen Raum wurde hierfür das Kürzel ZNED (zero net environmental destruction) geprägt. Vgl A. Weintraub ua: *The Economic Growth Controversy*, aaO, S 194 ff.
- 37 K. W. Kapp: aaO.
- 38 E. Eppler: Grundsatzreferat, Fachtagung „Energie-Beschäftigung-Lebensqualität“, aaO, S 26.
- 39 Measuring Net National Welfare of Japan, Report of the NNW Measurement Committee, Economic Council of Japan, Tokyo 1974. Vgl dazu: U. E. Simonis: „Nettowohlfahrtsindikator“ – ein japanischer Ansatz, in: W. Zapf (Hg): *Soziale Indikatoren. Konzepte und Forschungsansätze III*, Frankfurt/New York 1975, S 296–317.
- 40 Eine Veröffentlichung steht bevor, zum Ansatz vgl J. W. Sewell et al: *The United States and World Development. Agenda 1977*, New York/London 1977.
- 41 *Measuring Social Well-Being. A Progress Report on the Development of Social Indicators*, Paris, Potentiell: OECD, 1976.
- 42 Wichtig für die Auseinandersetzung um eine qualitative Wachstumspolitik in der Bundesrepublik ist die jüngste Veröffentlichung im Rahmen des SPES-Projekts: W. Zapf (Hg): *Lebensbedingungen in der Bundesrepublik. Sozialer Wandel und Wohlfahrtsentwicklung*, Frankfurt/New York 1977.
- 43 E. Küng: *Die Qualität des Lebens...*, aaO, S 32.
- 44 “It is the destiny of growth that one must seek: the conviction that the arrow we follow points in a morally and socially desirable direction”. [Es ist die Bestimmung des Wachstums, die man suchen muß: die Überzeugung, daß der Wegweiser, dem wir folgen, in eine moralisch und sozial wünschbare Richtung weist.] A. van Dam: *Growth Direction rather than Rate*, in: *Alternatives*, 2, 1976, S 145.
- 45 E. F. Schumacher: *Es geht auch anders. Jenseits des Wachstums. Technik und Wirtschaft nach Menschenmaß*, München 1974, S 231.

### **Werkmeister Heinrich und die Energiewirtschaft**

Die Auseinandersetzungen über Kernkraftwerke haben bei der deutschen Energiewirtschaft Zweifel am Wert ihrer Informationspolitik aufkommen lassen. Der Branchenführer RWE gab daher ein wissenschaftliches Gutachten in Auftrag, um zu ermitteln, wie man mit besserem Einsatz der Werbemillionen das Vertrauen der Bevölkerung zurückgewinnen kann. Die Untersuchung stammt von Professor *Hans-Christian Röglin*, dem Leiter des Instituts für angewandte Sozialpsychologie in Düsseldorf. Der Durchschnittsbürger sei überfordert, wenn er die komplizierte Technik eines Reaktors verstehen solle, meint der Professor. Ähnlich wie dem Teufel traue er zwar einem Atomkraftwerk viel zu, doch wolle er mit ihm oder seinem Produkt nichts zu tun haben.

Eindringlich empfiehlt Röglin, die Mitglieder von Bürgerinitiativen nicht länger als Kriminelle zu verdächtigen, sondern ihnen im Gegenteil ob der Sorge um Sicherheit und Umweltschutz Anerkennung zu zollen, wobei zu berücksichtigen sei, daß solche Organisationen nicht selten zum Angriffsziel von Systemveränderern werden. Vor allem aber sollen sich die Elektrizitätswerke in der Vertrauenwerbung eigener Angestellter bedienen. Wenn es am Diskussionsabend in der Dorfkneipe hoch hergehe, sei die Sache im Sinne der Veranstalter positiv verlaufen, sobald ein Werkmeister aus dem Kraftwerk aufstehe und etwa folgendes sage: „Leute, ihr kennt mich doch, ich bin der Heinrich. Würde ich denn dort arbeiten, wenn's wirklich gefährlich wäre? Ich bin schließlich kein Selbstmörder.“

*Nach einem Bericht der Tageszeitung „Die Welt“ vom 10. August 1977.*